

Vermögensabschöpfung

Handbuch für das Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren

Bearbeitet von
Von Dr. Wilhelm Schmidt, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a.D.

2. Auflage 2019. Buch. Rund 700 S. Hardcover (In Leinen)
ISBN 978 3 406 71679 9
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Strafrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Wilhelm Schmidt
Vermögensabschöpfung –
Handbuch für das Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vermögensabschöpfung

Handbuch für das Straf- und
Ordnungswidrigkeitenverfahren

von

Dr. Wilhelm Schmidt
Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a. D.

2. Auflage 2019

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71679 9

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Kösel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Anfang der neunziger Jahre wollte der Gesetzgeber im Zusammenhang mit verschiedenen Gesetzesvorhaben zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Geldwäsche auch Grundlagen für eine effektive Abschöpfung illegaler Gewinne schaffen.

Mit dem im Dezember 2005 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und der Vermögensabschöpfung bei Straftaten folgte die Bundesregierung Forderungen der Praxis zu einer effektiveren Gewinnabschöpfung. Das Konzept dieses Gesetzes hat sich jedoch als wenig praktikabel erwiesen.

Erst mit dem am 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung hat die Legislative Vorschläge aufgegriffen, die im Kern darin bestanden, die seit langem zu Recht als „Totengräber des Verfalls“ bezeichnete Regelung des § 73 Abs. 1 Satz 2 aF StGB zu streichen.

Das Handbuch soll insbesondere dem Praktiker einen Überblick über den gesamten Bereich der Vermögensabschöpfung nach der Reform vermitteln. Schwerpunkte bilden im materiellen Recht die §§ 73 ff. StGB, im Verfahrensrecht die Maßnahmen zur Sicherstellung von Vermögenswerten, die Vollstreckung der Einziehungsanordnung und die Opferentschädigung.

Großen Dank schulde ich Anke Striggow-Riedel, die wie bereits bei der Voraufgabe für eine mustergültige Herstellung der Entwürfe gesorgt hat.

Büttelbronn, im Frühjahr 2018

Wilhelm Schmidt

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXXV
1. Teil. Einleitung	1
I. Entstehung der Bestimmungen zur Vermögensabschöpfung	1
II. Überblick über die Arten der Vermögensabschöpfung	9
III. Dogmatische Einordnung der Einziehung von Tatertägen und der Einziehung	11
IV. Obligatorische und fakultative Anordnungen	17
V. Das Verhältnis von Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	17
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen	19
2. Teil. Strafrechtliche Vermögensabschöpfungsregelungen	23
1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen	23
A. Einziehung von Taterträgen beim Täter oder Tatbeteiligten (§ 73 StGB)	23
I. Begehung einer rechtswidrigen Tat	23
II. Gegenstand der Einziehung nach § 73 Abs. 1 StGB	24
III. Berücksichtigung der Rechte des Verletzten und Dritter	31
B. Erweiterte Einziehung (§ 73a StGB)	33
I. Sinn und Zweck der Einführung des erweiterten Verfalls (§ 73d aF StGB)	33
II. Die Rechtsentwicklung nach europarechtlichen Vorgaben	33
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten Einziehung	35
IV. Verfügungsgewalt des Tatbeteiligten oder Drittempfängers	40
V. Verhältnis von § 73 zu § 73a StGB	40
VI. Anwendung der Vorschriften über die Wertersatzeinziehung (§ 73c StGB) und die Schätzung (§ 73d Abs. 2 StGB)	41
VII. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 2 StGB)	41
VIII. Härteregelnungen bei der erweiterten Einziehung	42
IX. Verjährung der Einziehung von Taterträgen und des Wertes von Taterträgen	42
X. Die Einziehungsanordnung	43
C. Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	43
I. Sinn und Zweck der erweiterten selbständigen Einziehung	43
II. Rechtsnatur	44
III. Tatbestandsvoraussetzungen der erweiterten Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	44
IV. Verfügungsgewalt eines Tatbeteiligten oder Drittempfängers	48
V. Feststellungen des Gerichts zum Ausschluss der rechtmäßigen Herkunft der Gegenstände	48
VI. Verhältnis von § 73 zu § 76a Abs. 4 StGB	49
VII. Rückwirkungsverbot	49
VIII. Mehrfache Einziehungsanordnung (§ 73a Abs. 3 StGB)	50
IX. Berücksichtigung von Härten bei der Einziehung nach § 76a Abs. 4 StGB	50
X. Wirkung der Einziehung (§ 76a Abs. 4 Satz 2 StGB)	51
XI. Verjährung der Einziehung nach § 76a StGB	51

Inhaltsverzeichnis

D. Vermögensabschöpfung bei anderen Personen als dem Täter oder Teilnehmer (Drittbegünstigte) nach § 73b StGB	51
I. Drittbegünstigte	51
II. Die Rechtsentwicklung	52
III. Die Voraussetzungen der Einziehung	55
IV. Einziehung des Wertersatzes und von Nutzungen beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 2 StGB)	59
V. Surrogatseinziehung beim Drittbegünstigten (§ 73b Abs. 3 StGB)	59
VI. Berücksichtigung von Härten	59
E. Einziehung des Wertersatzes (§ 73c StGB)	59
I. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes wegen der Beschaffenheit des Erlangten (§ 73c Satz 1 Alt 1 StGB)	59
II. Undurchführbarkeit der Einziehungsanordnung eines bestimmten Gegenstandes „aus einem anderen Grunde“ (§ 73c Satz 1 Alt 2 StGB)	60
III. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung im Fall der Abstandnahme vom Surrogatsverfall nach § 73 Abs. 3 StGB	61
IV. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Wertermittlung bei der Wertersatzeinziehung	61
V. Die Anordnung der Wertersatzeinziehung gemäß § 73c Satz 2 StGB neben der Einziehungsanordnung nach § 73 StGB	61
F. Berechnung	62
I. Sinn und Zweck	62
II. Rechtsentwicklung	62
III. Bestimmung des Wertes des Erlangten nach § 73d Abs. 1 StGB	65
IV. Schätzung nach § 73d Abs. 2 StGB	68
V. Verhältnismäßigkeit und unbillige Härten	71
2. Kapitel. Besondere Arten der Einziehung	79
A. Die nachträgliche Anordnung der Wertersatzeinziehung gemäß § 76 StGB, § 462 StPO	79
B. Selbstständige Einziehung nach § 76a StGB	79
I. Die Bedeutung des § 76a StGB	79
II. Die selbstständige Anordnung nach § 76a Abs. 1 StGB	79
III. Selbstständige Einziehung beim Absehen von Strafe nach § 76a Abs. 3 StGB	81
IV. Selbstständige Einziehung nach § 76a Abs. 3 StGB	81
V. Das selbstständige Einziehungsverfahren	81
3. Kapitel. Die Einziehung im Strafrecht (§§ 74 ff StGB) und Ordnungswidrigkeitenrecht (§§ 22 ff OWiG) als Maßnahme mit abschöpfungsähnlicher Wirkung	81
A. Vorbemerkung	81
B. Die Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 StGB; § 22 OWiG)	82
I. Rechtsnatur	82
II. Begehung einer vorsätzlichen Straftat	84
III. Einziehungsobjekte	85
IV. Die Rechtsverhältnisse am Einziehungsgegenstand nach § 74 Abs. 3 StGB	89
V. Die Voraussetzungen der Sicherungseinziehung nach § 74b Abs. 1 StGB	95

Inhaltsverzeichnis

VI. Die besonderen Einziehungsvoraussetzungen nach § 74b Abs. 1 Nr. 1 StGB	97
VII. Die Einziehung nach Sondervorschriften (§ 74 Abs. 2 StGB) ..	98
C. Die erweiterte Einziehung (§ 74a StGB, § 23 OWiG)	99
I. Vorbemerkung	99
II. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 1 StGB	100
III. Die erweiterte Einziehung nach § 74a Nr. 2 StGB	102
IV. Zusammentreffen von § 74b Abs. 1 Nr. 2 mit § 74a StGB	104
D. Entschädigungsansprüche (§ 74b StGB)	104
I. Die Entschädigungsberechtigten (§ 74b Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 StGB)	104
II. Ausschluss der Entschädigungspflicht (§ 74b Abs. 3 StGB)	105
III. Härteklausel (§ 74b Abs. 3 StGB)	106
IV. Verfahrensrechtliches	106
E. Einziehung des Wertersatzes (§ 74c StGB, § 25 OWiG)	107
I. Vorbemerkung	107
II. Die Voraussetzungen der Wertersatzeinziehung nach § 74c Abs. 1 StGB	108
III. Der Wertersatz	110
IV. Die dingliche Belastung nach § 74c Abs. 2 StGB	111
V. Zahlungserleichterungen und Vollstreckung	112
F. Obligatorische und fakultative Einziehung bei §§ 74 ff StGB	112
G. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	113
I. Gesetzliche Regelung in § 74f StGB	113
II. Anwendung und Bedeutung	113
4. Kapitel. Adressaten der Einziehung, sonstige Einziehungsbetroffene und Verletzte der Tat	115
A. Tatbeteiligte	115
I. Einziehung beim Täter und Teilnehmer	115
II. Gesamtschuldnerische Haftung der Täter und Teilnehmer	116
III. Auswirkungen einer möglichen Einziehung auf die verfahrensrechtliche Stellung des Täters, Teilnehmers und Drittbegünstigter	117
B. Verletzter	118
I. Sinn und Zweck der Einziehung bei Individualrechten	118
II. Rechtsentwicklung	118
III. Rechtstellung des Verletzten im Verfahren	125
C. Dritte, die nicht an der Tat beteiligt waren	128
I. Einziehung „bei anderen“ nach § 73b StGB	128
II. Einziehung von Tatmitteln, Tatprodukten und Tatobjekten bei einem Dritten (§ 74 ff StGB)	129
III. Verfahrensstellung des Dritteigentümers oder Rechtsinhabers am Einziehungsobjekt (§ 75 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	136
5. Kapitel. Wirkung der strafrechtlichen Einziehung (§ 75 StGB)	136
A. Bedeutung und Zweck der Vorschrift	136
B. Rechtsentwicklung	137
C. Der Eigentumsübergang auf den Staat	138
I. Begriff des Staates	138
II. Fallgruppen	139
III. Aufgeschobener Eigentums oder Rechtserwerb des Staates (§ 75 Abs. 1 Satz 2 StGB)	143
D. Rechte Dritter am Einziehungsgegenstand (§ 75 Abs. 2 StGB)	143
I. Fortbestand der Rechte Dritter (§ 75 Abs. 2 Satz 1 StGB)	143
II. Erlöschen von Rechten Dritter (§ 75 Abs. 2 Satz 1 StGB)	144

Inhaltsverzeichnis

E. Wirkung der Einziehung als Veräußerungs- und Verfügungsverbot (§ 75 Abs. 3 StGB)	145
I. Veräußerungsverbot iS des § 136 BGB	145
II. Gutgläubiger Erwerb	145
III. Bedeutung des Erwerbs durch einen Nichttatbeteiligten	146
IV. Ausschluss des § 91 InsO im Fall der Beschlagnahme (§ 75 Abs. 4 StGB)	147
3. Teil. Verfahrensrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Vermögensabschöpfung	149
1. Kapitel. Grundlagen	149
A. Entstehungsgeschichte	149
B. Zweck	151
C. Überblick	151
I. Strafprozessuale Regelungen	151
II. Ordnungswidrigkeitenrecht	152
D. Abgrenzungen	152
I. Beschlagnahme und Vermögensarrest	152
II. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff StPO zur Beschlagnahme nach § 94 StPO	153
III. Verhältnis der Sicherstellung zum Vermögensarrest nach AO	154
IV. Verhältnis der vorläufigen Maßnahmen nach § 111b ff StPO zum Insolvenzverfahren	155
V. Verhältnis der Sicherstellungen nach §§ 111b ff StPO zur Vermögensbeschlagnahme	157
VI. Verhältnis der Sicherstellung nach §§ 111b ff StPO zur Sperrung von Konten mutmaßlicher Terroristen	157
2. Kapitel. Maßnahmen zur Sicherung der Gewinnabschöpfung	158
A. Beschlagnahme nach §§ 111b Abs. 1, 111c StPO	158
I. Anordnung der Beschlagnahme	158
II. Vollstreckung der Beschlagnahmeanordnung	169
B. Vermögensarrest	186
I. Anordnung des Vermögensarrestes (§ 111e, § 111b Abs. 2 aF StPO)	186
II. Vollziehung der Arrestanordnung	196
III. Beendigung des Vermögensarrestes	238
C. Durchsuchung (§ 111b Abs. 2 und § 111e Abs. 5 StPO)	239
I. Voraussetzungen	239
II. Anordnung der Durchsuchung	241
III. Durchführung der Durchsuchung	242
D. Verwaltung sichergestellter Gegenstände	246
I. Sinn und Zweck des § 111m StPO	246
II. Begriff der Verwaltung	247
III. Zuständigkeit	247
IV. Arten der Verwaltung	248
V. Werterhalt	248
VI. Rechtsbehelf	248
VII. Amtshaftung	249
E. Notveräußerung (§ 111p StPO)	249
I. Zweck der Norm	249
II. Gegenstände der Notveräußerung	249
III. Voraussetzungen der Notveräußerung	250
IV. Verfahren	251

Inhaltsverzeichnis

V. Wirkung	257
VI. Rückgabe statt Notveräußerung	257
VII. Rechtsmittel bzw Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung	257
3. Kapitel. Rückgabe beweglicher Sachen und Aussetzung der Vollziehung	257
I. Rückgabe beweglicher Sachen vor Verfahrensabschluss (§ 111d Abs. 2 StPO)	257
II. Aussetzung der Arrestvollziehung nach § 111g StPO	259
4. Kapitel. Rückgabe sichergestellter Gegenstände	259
I. Rechtsentwicklung	259
II. Sinn und Zweck der Vorschriften über die Rückgabe	261
III. Voraussetzungen der Rückgabe	262
IV. Verfahren	268
V. Rechtsmittel	271
5. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel bei vorläufigen Sicherungsmaßnah- men nach §§ 111b ff StPO	271
A. Überblick	271
B. Besonderheiten im Verfahren nach § 111b ff StPO	271
I. Rechtliches Gehör	271
II. Vorrang des Strafrechtswegs	272
III. Gerichtliche Kontrolle abgeschlossener Maßnahmen	272
C. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel des Betroffenen gegen die Anordnung der Beschlagnahme und des Vermögensarrestes	273
I. Anordnungen der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft	273
II. Entscheidungen des Gerichts	273
D. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen die Art und Weise der Vollstreckung	275
I. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft	275
II. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen Maßnahmen des Gerichtes	275
E. Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen sonstige Maßnahmen	276
I. Rechtsbehelfe gegen die Durchsuchungsanordnung	276
II. Rechtsmittel bzw Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit Entscheidungen bezüglich der Notveräußerung	276
III. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen nach § 111n StPO (Herausgabe sichergestellter beweglicher Sachen)	277
F. Sonstige Rechtsbehelfe	278
I. Verfassungsbeschwerde	278
II. Dienstaufsichtsbeschwerde	278
4. Teil. Verfahren bei Einziehungen	279
1. Kapitel. Vorbemerkungen zum Verfahren bei Einziehungen	279
I. Überblick	279
II. Rechtsentwicklung	279
III. Sinn und Zweck der §§ 421 ff StPO	280
2. Kapitel. Die Verfahrensbeteiligten	280
A. Überblick	280
I. Reform der Verfahrensbeteiligung in der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	280
II. Anwendungsbereich	281
III. Begriffe und Definitionen	283

Inhaltsverzeichnis

B. Der Einziehungsbeteiligte (§ 424 StPO)	283
I. Abgrenzung des § 424 von § 438 StPO	283
II. Voraussetzungen	283
III. Umfang der Beteiligung	285
C. Nebenbetroffener	286
I. Anwendungsbereich	286
II. Voraussetzungen der Verfahrensbeteiligung des Nebenbetroffenen	287
III. Umfang der Beteiligung	289
IV. Beschränkung der Beteiligung zur Frage der Schuld des Angeschuldigten (§ 438 Abs. 2 StPO)	289
D. Verzicht und Absehen von der Beteiligung	290
I. Verzicht auf die Verfahrensbeteiligung (§ 424 Abs. 2 StPO)	290
II. Absehen von der Verfahrensbeteiligung wegen Unausführbarkeit (§ 425 Abs. 1 StPO)	291
III. Absehen von der Verfahrensbeteiligung aus Gründen des Staatsschutzes (§ 425 Abs. 2 StPO)	292
E. Verfahrensgang bei der Anordnung nach § 424 und § 438 StPO	293
I. Verfahren (§ 424 Abs. 3, § 438 Abs. 1 Satz 2 StPO)	293
II. Anfechtbarkeit (§ 424 Abs. 4, § 438 Abs. 1 Satz 2)	294
III. Keine Hemmung des Verfahrens (§ 424 Abs. 5 StPO)	295
F. Vertretung und Befugnisse der Einziehungsbetroffenen	295
I. Vertretung der Einziehungsbetroffenen	295
II. Befugnisse des Einziehungsbeteiligten im Hauptverfahren	298
G. Entschädigungsansprüche des Verfahrensbeteiligten	299
H. Rechtsmittelverfahren	300
I. Tod des Einziehungsbetroffenen	300
J. Bußgeldverfahren	300
3. Kapitel. Das Verfahren im ersten Rechtszug	301
A. Das vorbereitende Verfahren	301
I. Finanzeermittlungen der Staatsanwaltschaft	301
II. Anhörung von möglichen Verfahrensbeteiligten im vorbereitenden Verfahren (§ 426 StPO)	301
III. Verfahrensabschluss	303
B. Das Hauptverfahren	305
I. Zuständigkeit des Gerichts	305
II. Das Zwischenverfahren	306
III. Terminsnachricht (§ 429 StPO)	306
IV. Die Hauptverhandlung	308
C. Verfahrensentscheidungen	312
I. Einstellung nach §§ 153 ff StPO	312
II. Absehen von der Einziehung (§ 421 StPO)	312
III. Verzicht und formlose Einziehung	315
IV. Abtrennung des Verfahrens über die Einziehung (§ 422 f StPO)	315
D. Die Vermögensabschöpfung im Rechtsfolgenausspruch des Urteils ...	317
I. Tenorierung im Urteil	317
II. Urteilsgründe	320
E. Rechtsmittel gegen die Einziehung im Strafverfahren	320
I. Rechtsschutz der Einziehungsbetroffenen (Überblick)	320
II. Besonderheiten bei den Rechtsmitteln im Verfahren bei Einziehungen	323
F. Bußgeldverfahren	327

Inhaltsverzeichnis

4. Kapitel. Erstinstanzliches Verfahren nach Abtrennung der Einziehung (§ 423 StPO)	327
I. Überblick	327
II. Zuständigkeit	327
III. Verfahren nach der Abtrennung	328
IV. Zeitlicher Rahmen	328
V. Beschlussverfahren (Abs. 3 Satz 1)	328
VI. Urteilsverfahren (Abs. 4)	328
VII. Rechtsmittel	330
5. Kapitel. Erstinstanzliches Verfahren nach Abtrennung der Einziehung (§ 423 StPO)	330
I. Überblick	330
II. Zuständigkeit	330
III. Verfahren nach der Abtrennung	331
IV. Zeitlicher Rahmen	331
V. Beschlussverfahren (Abs. 3 Satz 1)	331
VI. Urteilsverfahren (Abs. 4)	331
VII. Rechtsmittel	332
6. Kapitel. Einziehung durch Strafbefehl (§ 407 Abs. 2 Nr. 1 StPO)	333
I. Festsetzung vermögensabschöpfender Rechtsfolgen im Strafbefehl	333
II. Strafbefehlsverfahren (§ 432 Abs. 1 StPO)	333
III. Verfahren nach Einspruch	334
IV. Entscheidung	335
7. Kapitel. Selbständiges Einziehungsverfahren (§ 76a StGB iVm §§ 435 ff StPO)	335
A. Die Bedeutung des § 76a StGB	335
I. Sinn und Zweck der Norm	335
II. Voraussetzungen der selbstständigen Anordnung nach § 76a StGB	336
B. Verfahren bei der selbstständigen Einziehung	338
I. Überblick	338
II. Zuständigkeit	338
III. Antrag auf selbstständige Anordnung der Rechtsfolge	339
IV. Verfahren nach Antragseingang	341
V. Übergang vom subjektiven zum objektiven Verfahren	345
VI. Entscheidungen im selbstständigen Verfahren	345
VII. Entscheidungsgrundlagen	346
VIII. Prüfung der Begründetheit (Abs. 4)	349
IX. Entscheidungstenor	350
X. Rechtsmittel (§ 436 Abs. 2 iVm § 434 Abs. 2 StPO)	351
XI. Kosten. Auslagen	351
C. Bußgeldverfahren	351
8. Kapitel. Das Nachverfahren (§ 433 f StPO)	352
I. Überblick	352
II. Zuständigkeit	353
III. Antrag auf Durchführung des Nachverfahrens	353
IV. Verfahren	355
V. Entscheidung	357
VI. Rechtsmittel	358
VII. Wiederaufnahme (§ 433 Abs. 6 StPO)	358
VIII. Neuer Antrag	358
IX. Kosten	359
X. Bußgeldverfahren	359

Inhaltsverzeichnis

5. Teil. Insolvenzverfahren	361
1. Kapitel. Überblick	361
A. Bedeutung der Insolvenzordnung im Strafprozess	361
I. Begriff der Insolvenz	361
II. Strafprozessuale Normen mit insolvenzrechtlichem Bezug	361
B. Grundlagen	365
I. Ziele des Insolvenzverfahrens	365
II. Entscheidungsträger und Beteiligte	365
2. Kapitel. Einleitung des Insolvenzverfahrens	369
A. Antrag	369
I. Antragsberechtigte	369
II. Zulässigkeit des Antrags	371
III. Rechtliches Gehör	373
IV. Zustellungen	373
V. Zurücknahme des Antrags und Erledigungserklärung	373
B. Vorläufige Maßnahmen des Gerichts	373
I. Sinn und Zweck	373
II. Anordnung von vorläufigen Sicherungsmaßnahmen	374
C. Eröffnungsgründe	375
I. Zahlungsunfähigkeit	375
II. Drohende Zahlungsunfähigkeit	375
III. Überschuldung	375
D. Feststellung der relevanten Tatsachen	376
E. Entscheidung über den Eröffnungsantrag	376
I. Ablehnung des Antrags	376
II. Eröffnungsbeschluss	376
III. Rechtsmittel	378
3. Kapitel. Konsequenzen der Insolvenzeröffnung	378
A. Insolvenzbeschlagnahme und Schutz der Insolvenzmasse	378
I. Schuldnervermögen	378
II. Schutz des Drittschuldners	379
B. Einschränkung des Verwaltungs- und Verfügungsrechts	380
I. Beschränkung der Verfügungsmacht	380
II. Beschränkung der Verwaltungsmacht des Schuldners	380
C. Persönliche Folgen für den Schuldner	380
I. Auskunftspflicht und Mitwirkungspflichten	380
II. Berufsrechtliche Beschränkungen	382
4. Kapitel. Anreicherung der Insolvenzmasse	383
A. Behandlung schwebender Rechtsverhältnisse	383
I. Vertragsfreiheit und Insolvenz	383
II. Folgen der Insolvenz für schwebende Rechtsgeschäfte	383
B. Forderungseinziehung	384
C. Insolvenzanfechtung	384
I. Grundsätze	384
II. Allgemeine Voraussetzungen	385
III. Anfechtungsgründe	385
IV. Rechtsfolgen der Anfechtung	386
5. Kapitel. Bereinigung der Insolvenzmasse und Befriedigung der Gläubiger	387
A. Aussonderung	387
I. Grundsatz	387
II. Rechte zur Aussonderung	387
B. Absonderung	388
I. Grundsatz	388

Inhaltsverzeichnis

II. Rechte zur Absonderung	388
III. Verwertung von Absonderungsgut	389
IV. Ersatzabsonderung	389
C. Befriedigung der Massegläubiger	389
I. Grundsätze	389
II. Masseschulden	390
D. Befriedigung der Insolvenzgläubiger	390
I. Anmeldung der Forderungen	390
II. Prüfungstermin	391
E. Masseverwertung	391
I. Unverzügliche Verwertungspflicht	391
II. Verwertung von Gegenständen mit Absonderungsrechten	392
F. Masseverteilung an die Insolvenzgläubiger	393
I. Verteilungsverzeichnis	393
II. Verteilungsarten	393
III. Aufhebung des Insolvenzverfahrens	394
IV. Nachtragsverteilung	394
V. Rechte der Insolvenzgläubiger nach Verfahrensaufhebung	394
6. Teil. Strafvollstreckungs- und Entschädigungsverfahren	397
1. Kapitel. Überblick und Grundlagen	397
A. Einführung	397
I. Aufgaben der Strafvollstreckung	397
II. Rechtsgrundlagen	397
B. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	398
I. Rechtskraft	398
II. Urkundliche Grundlagen der Vollstreckung	399
III. Vollstreckungshindernisse	400
C. Zuständigkeit in Vollstreckungssachen	402
I. Sachliche Zuständigkeit	402
II. Örtliche Zuständigkeit	402
III. Kompetenzkonflikt und Vollstreckungshilfe	402
IV. Rechtshilfe	403
V. Funktionelle Zuständigkeiten	403
D. Maßnahmen nach § 459 g Abs. 3 StPO	404
I. Überblick	404
II. Die Maßnahmen im Einzelnen	404
E. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten	405
I. Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde	405
II. Gerichtliche Bußgeldentscheidungen	405
2. Kapitel. Vollstreckung bei eingezogenen Sachen bzw Rechten	405
A. Überblick	405
I. Ausgangslage	405
II. Anzuwendende Vorschriften	406
B. Wegnahme des Erlangten	407
I. Aufforderung zur Herausgabe und Vollstreckungsauftrag	407
II. Wegnahme bei Gewahrsam des Vollstreckungsschuldner	407
III. Vollstreckung bei Gewahrsam eines Dritten	409
IV. Vollstreckung bei Rechten Dritter	409
V. Ausschluss der Vollstreckung	410
VI. Unausführbarkeit	410

Inhaltsverzeichnis

VII. Vollstreckung bei Wiederaufnahmeverfahren	410
VIII. Tod des Verurteilten	410
C. Abwicklung	411
I. Verwahrung und Entscheidung	411
II. Alternativen	411
3. Kapitel. Vollstreckung bei Anordnung der Wertersatzeinziehung	413
A. Überblick	413
I. Rechtsgrundlagen	413
II. Verfahrensgang im Überblick	414
B. Umfang und Gang der Vollstreckung	414
I. Einforderung	414
II. Mahnung	415
III. Zahlungserleichterungen	415
C. Die Vollstreckung	418
I. Beitreibung	418
II. Zwangsmittel	419
III. Vollstreckungsarten	420
IV. Insolvenzantrag	420
D. Abschluss der Vollstreckung	421
E. Unterbleiben der Vollstreckung	421
I. Erwartete Erfolglosigkeit	421
II. Unterbleiben der Vollstreckung wegen Unverhältnismäßigkeit ..	422
F. Wiederaufnahme der Vollstreckung	423
4. Kapitel. Entschädigungsverfahren	423
A. Überblick und Normzweck	423
B. Entschädigung bei Einziehung des Tatertrages	425
I. Vorläufige Sicherung	425
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten	425
III. Zivilrechtlicher Titel	425
IV. Rückgabe des Erlangten an den Verletzten	425
V. Rechte des Einziehungsbetroffenen	426
VI. Auffangerwerb des Staates	427
C. Entschädigung bei Einziehung des Wertersatzes	428
I. Vorläufige Sicherung	428
II. Insolvenz des Täters oder Einziehungsbeteiligten	428
III. Zivilrechtlicher Titel	428
IV. Auskehrung des Verwertungserlöses	428
V. Alternativen der Auskehrung des Verwertungserlöses	429
VI. Auskehrung an den Verurteilten	431
VII. Auffangerwerb des Staates	431
D. Entschädigungsverfahren bei Rückübertragung des Erlangten	431
I. Mitteilung an den Tatverletzten	431
II. Anmeldung der Ansprüche des Verletzten	432
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten)	432
IV. Prüfung und Entscheidung der Vollstreckungsbehörde	432
V. Rückgabe oder Rückübertragung des Eigentums	433
E. Entschädigungsverfahren bei Einziehung des Wertes des Tatertrages ..	434
I. Mitteilung	434
II. Anmeldung	434
III. Anhörung des Betroffenen (Verurteilten/ Einziehungsbetroffenen)	435
IV. Prüfung und Entscheidung über die Ansprüche auf Auskehrung des Verwertungserlöses	435

Inhaltsverzeichnis

5. Kapitel. Strafvollstreckungsrechtliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	437
A. Rechtsgrundlagen der StPO und der StVollstrO	437
B. Rechtsgrundlagen der ZPO gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrG	438
I. Anfechtungsmöglichkeiten nach der ZPO	438
II. Rechtsweg bei Einwendungen entsprechend den ZPO-Vorschriften	438
C. Einwendungen gegen vollstreckungsrechtliche Entscheidungen (§§ 458, 459o StPO)	439
I. Einwendungen gegen die Strafvollstreckung (§ 458 StPO)	439
II. Einwendungen gegen Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde (§ 459o StPO)	441
III. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel der ZPO	447
D. Verfahren bei Einwendungen	450
I. Zuständigkeit	450
II. Anfechtungsgegenstand	451
III. Antragsbefugnis	451
IV. Form und Frist	452
V. Anhörungspflicht	452
VI. Beschlussverfahren	453
VII. Vollstreckungshemmung und -aufschub	453
VIII. Rechtsmittel	453
IX. Wiederaufnahmeverfahren	454
E. Sonstige Rechtsbehelfe	454
I. Verfahren nach § 23 EGGVG iVm § 21 StVollstrO	454
II. Gegenvorstellung und Dienstaufsichtsbeschwerde	457
III. Verfassungsbeschwerde	458
7. Teil. Vermögensabschöpfung nach dem OWiG	459
1. Kapitel. Tatbestände und ihre Voraussetzungen	459
A. Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils durch die Geldbuße (§ 17 Abs. 4 OWiG)	459
I. Begehung einer Ordnungswidrigkeit (§ 1 OWiG)	459
II. Wirtschaftlicher Vorteil	460
B. Einziehungsanordnung bei Nichtfestsetzung einer Geldbuße gegen den Täter (§ 29a Abs. 1 OWiG)	466
I. Anknüpfungstat	467
II. Nichtfestsetzung einer Geldbuße	467
III. Der Einziehungsgegenstand: Das erlangte Etwas	468
IV. Verknüpfung des Vorteils mit der Tat	470
V. Verfahrensfragen	471
C. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG	472
D. Vermögensabschöpfung durch Geldbuße gegenüber juristischen Personen und Personenvereinigungen (§ 30 Abs. 3 OWiG)	473
I. Der mögliche Täterkreis nach § 30 Abs. 1 OWiG	474
II. Die Bezugshandlung	477
III. Wirtschaftlicher Vorteil und die Befugnis zur Schätzung	480
IV. Verfahrensfragen	480
E. Die Mehrerlösabführung nach §§ 8, 10 Abs. 2 WiStG	486
I. Verfolgbare Zuwiderhandlungen nach § 8 Abs. 1 Satz 1 WiStG	487
II. Die Anordnung nach § 8 Abs. 1 Satz 2 WiStG	488
III. Die selbstständige Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG	489

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Begriff des Mehrerlöses nach § 8 Abs. 1 WiStG	489
V. Die Befugnis zur Schätzung des Mehrerlöses	491
2. Kapitel. Adressaten der Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht	491
A. Beteiligte	491
I. Täter und Teilnehmer (§§ 17 Abs. 4, 29a Abs. 1 OWiG, § 8 Abs. 1 WiStG)	491
II. Juristische Personen und Personenvereinigungen bei der Verbands Geldbuße (§ 30 OWiG)	493
B. Nichtbeteiligte	496
I. Mehrerlösabführung nach § 10 Abs. 2 WiStG	496
II. Einziehungsanordnung nach § 29a Abs. 2 OWiG gegen einen Dritten	498
3. Kapitel. Die Entscheidung über die Vermögensabschöpfung im Bußgeldverfahren	501
A. Konkurrenzen	501
I. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen untereinander	501
II. Die Konkurrenzen der Vermögensabschöpfungsregelungen zur Einziehung und Wertersatz einziehung im Ordnungswidrigkeitenrecht	503
B. Bestimmung des Umfangs der Vermögensabschöpfung im Bußgeldbescheid	505
I. § 17 Abs. 4 OWiG	505
II. Die Höhe der Einziehung bei § 29a Abs. 1 OWiG	506
III. §§ 8 Abs. 1, 10 Abs. 2 WiStG	508
4. Kapitel. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Bußgeldverfahren	509
A. Schutz des Betroffenen	509
B. Schutz des nicht beteiligten Dritten	510
8. Teil. Die Vermögensabschöpfung im System der Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	513
1. Kapitel. Internationale Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche (Überblick)	513
A. UNO-Einheitsübereinkommen über Suchstoffe vom 30.3.1961	513
B. UNO-Konvention über psychotrope Substanzen vom 21.2.1971	513
C. Grundsatz erklärung des Basler Ausschusses für Bankenbestimmungen und -überwachung vom 12.12.1988	513
D. Wiener Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchstoffen und psychotropen Stoffen vom 20.12.1988	513
E. Gründung der Financial Action Task Force (FATF) – Weltwirtschaftsgipfel in Paris im Juni 1989	515
F. Initiative internationaler Großbanken zur Bekämpfung der Geldwäsche (Wolfsberg Working Group)	516
G. UNO-Konventionen zur Grenzüberschreitenden Organisierten Kriminalität (UNTOC)	516
H. UNO-Konvention zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus	516
2. Kapitel. Maßnahmen in Europa (Überblick)	517
A. Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten vom 8.11.1990	517

Inhaltsverzeichnis

B. EG-Richtlinie 91/308/EWG zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche vom 10.6.1991 (Erste Geldwäscherichtlinie)	517
C. Protokoll zum Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vom 16. Oktober 2001	517
D. EG-Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.12.2001 zur Änderung der europäischen Anti-Geldwäsche-Richtlinie 91/308 EWG (Zweite Geldwäscherichtlinie)	517
E. Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union	518
F. Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates über die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen in der Europäischen Union	518
G. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten	518
H. EG-Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Dritte Geldwäscherichtlinie)	518
I. EG-Richtlinie 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (Vierte Geldwäscherichtlinie)	519
J. CARIN (Camden assets recovery initiative network)	519
3. Kapitel. Gesetzliche Regelung zur Geldwäschebekämpfung und Verbesserung der Vermögensabschöpfung in Deutschland	519
A. Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl I S. 1302 ff)	519
B. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl I S. 1770 ff)	519
C. Verbrechensbekämpfungsgesetz (VBG) vom 28.10.1994 (BGBl I S. 3106 ff)	520
D. Begleitgesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften vom 22.10.1997 (BGBl I S. 2567 ff)	520
E. Begleitgesetz zum Telekommunikationsgesetz vom 17.12.1997 (BGBl I S. 3108 ff)	520
F. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität vom 4.5.1998 (BGBl I S. 845 ff)	520
G. Gesetz zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und zur Änderung anderer Steuergesetze (Steuerverkürzungs-bekämpfungsgesetz) vom 19.12.2001 (BGBl I S. 3922 ff)	521
H. Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 1.1.2002 (BGBl I S. 361 ff)	521
I. Viertes Finanzmarktförderungsgesetz	521
J. Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Geldwäsche und der Bekämpfung des Terrorismus (Geldwäschebekämpfungsgesetz)	521
4. Kapitel. Strafvorschriften	522
A. Strafbarkeit der Geldwäsche (§ 261 StGB)	522
I. Allgemeines	522

Inhaltsverzeichnis

II. Das Rechtsgut des § 261 StGB	523
III. Das Tatobjekt	524
IV. Die Tathandlungen	531
V. Täterschaft und Teilnahme	541
VI. Der subjektive Tatbestand	542
VII. Die Versuchsstrafbarkeit	544
VIII. Die Rechtsfolgen	545
IX. Konkurrenzen	549
B. Sonstige Strafvorschriften	549
I. Hehlerei (§ 259 StGB)	549
II. Strafvereitelung (§ 258 StGB)	550
III. Begünstigung (§ 257 StGB)	550
IV. Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB)	550
V. Betäubungsmittelhandel (§ 29 Abs. 1 BtMG)	551
VI. Teilnahme an der Vortat (§ 27 StGB)	551
VII. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	551
9. Teil. Vermögensabschöpfung im internationalen Recht	553
1. Kapitel. Allgemeine Grundsätze	553
A. Gegenstand	553
B. Grundlagen	553
C. Bewilligung	553
2. Kapitel. Rechtsgrundlagen	553
A. Überblick	553
B. Richtlinien	554
3. Kapitel. Das Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (EuGeldwäscheÜbk) ..	554
4. Kapitel. Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	554
A. Überblick	554
B. Vollstreckung ausländischer Anordnungen über Einziehung	555
C. Vorläufige Maßnahmen nach dem IRG	555
I. Sicherung einer späteren Anordnung der Einziehung	555
II. Beschlagnahme von Gegenständen vor Eingang eines ausländischen Ersuchens	555
III. Herausgabe von Beweismitteln oder Beutestücken an einen ausländischen Staat	556
IV. Zuständigkeiten	556
V. „asset sharing“	556
Anhang	557
A. Rechtsvorschriften	557
I. Nationales Recht	557
A I. 1. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)	557
A I. 2. Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GWG)	563
A I. 3. Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)	564
A I. 4. Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG)	577
A I. 5. Einforderungs- und Beitreibungsanordnung	580
A I. 6. Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)	585
II. Internationales Recht	586
A II. 1. Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten	586

Inhaltsverzeichnis

A II. 2. Protokoll	598
A II. 3. Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates	598
A II. 4. Rahmenbeschluss 2005/212/JI des Rates	598
A II. 5. Richtlinie 2005/60/EG des europäischen Parlaments und des Rates	598
A II. 6. Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität	598
B. Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht	599
C. Formularbeispiele	600
Sachverzeichnis	615


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG